

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert und organisiert mit allen Kräften für die Stärke unserer Vereinigung!

Arbeiteraussperrung und Reichstagswahl.

Wie unseren Kollegen bekannt ist, haben die im rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund vereinigten Unternehmer des Baugewerbes unter Bruch ihrer kontraktlichen Verpflichtungen ihre organisierten Arbeiter einfach auf die Strafe geworfen. Der Essener Oberbürgermeister Weigert, dessen gutkapitalistische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, hat sich über diese Aussperrung folgendermaßen geäußert: „Bekanntlich sind hauptsächlich durch meine Bemühungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe für den Bezirk unserer Stadt Tarifverträge abgeschlossen worden, die vorläufig bis zum 31. Juli 1906 ihre Geltung besitzen. Im Dezember d. J. sollte, wie der Schlussbassus der vollzogenen Verträge lautet, von mir wieder eine Versammlung einberufen werden, um darüber zu verhandeln, ob die Verträge vom 31. Juli 1906 ohnum ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Nun hat der rheinisch-westfälische Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossen, sämtliche organisierten Arbeiter auszusperren, aus welchen Gründen sei dahingestellt. Neben diese Gründe haben sich die Herren vom Arbeitgeberbunde nicht ausgesprochen. Allgemeiner Meinung nach gibt es aber nur einen Grund für diese Aussperrung, nämlich die Organisierung zu brechen.“ Die Unternehmer — nicht nur des Baugewerbes, sondern auch aller anderen Berufe — sind über die Neuerung des Oberbürgermeisters natürlich verschämt und haben bereits gedroht, sie würden ihn nach Ablauf seiner Amtsperiode nicht wiederwählen — ein niedliches Beispiel von Unternehmer-Terrorismus.

Dass die Auffassung des Oberbürgermeisters über die Absicht der Unternehmer, die Arbeiterorganisationen zu sprengen, nicht nur von den Arbeitern geteilt wird, sondern auch von andern unbeteiligten, sozialpolitisch einsichtigen Bevölkerungskreisen, ist bekannt und es verschlägt wenig, dass die Scharfmacher das Gegenteil behaupten. Sie schrieben nämlich in einer Erklärung folgendes: „Wer da weiß, wie die „organisierten Genossen“, die sich auf Grund erschwindelter Karten in die Versammlungen der Arbeitgeber einzuhümmeln versuchen, fortwährend Lügen und Beleidigungen in ihrer Presse und ihren Flugblättern laut werden lassen, der wird sich gewiss allmählich ein Urteil über diese „Eugendhelden“ und ihre Leiter bilden können. Geradezu erstaunlich ist es, dass die Leute in ihren Versammlungen noch immer die Stirn haben, solche Unwahrheiten in die Welt zu ziehen, wie das noch kürzlich in einer Versammlung der Fall gewesen ist. In der Resolution, auf deren Wiedergabe wir hier im übrigen gern verzichten wollen, wurde gleich zu Anfang erklärt, dass der Zweck der Aussperrung der Bauarbeiter nur die Zerstörung der in Frage kommenden Organisationen sei. Dabei hat das Unternehmertum wiederholt, sogar schriftlich erklärt, dass es gar nicht daran denkt, die Organisationen der Arbeiter beseitigen zu wollen.“ Wir kennen unsere Pappenhimer und wissen, was wir von ihren Versicherungen zu halten haben.

Augenscheinlich fühlen die Unternehmer instinktiv, dass die öffentliche Meinung sich auf die Seite der Ausgesperrten stellt, und deshalb geben sie sich alle erdenkliche Mühe, das Publikum „aufzulässt“. Dass sie hierbei mit der Wahrheit ganz niederträchtig umspringen, wundert uns nicht: sie erzählen dem Publikum mit der unverfrorensten Miene von der Welt, dass die Arbeiter mittels ihrer Tarife den Zweck verfolgten, eine Prämie auf die

Faulheit und Unzweckhaftigkeit zu sehen, den Unternehmer beiseite zu schieben und den sozialistischen Zukunftstaat einzuführen. Wer hätte jemals gedacht, dass ein Tarif solch schwarze Pläne und solch radikale Umsturzideen in sich bergen könnte! Über zum Glück für Staat und Gesellschaft ist es den rheinisch-westfälischen Unternehmern gelungen, diese Pläne zu entlarven und dadurch unschädlich zu machen.

Vor allen Dingen haben die Scharfmacher Angst, dass das Publikum den Behauptungen der Arbeiter, durch die Gewaltmaßregeln des Unternehmertums würden weitere Kreise der Bevölkerung auf das empfindlichste geschädigt, Glauben schenken werde. Um diesem Unglück vorzubeugen, wenden sie sich in einem Flugblatt an „den verständigen Teil des Publikums“, dem sie folgendes vorschreiben: „Doch die Schädigung weiterer Kreise lediglich auf das Konto der Herren Arbeiter zu legen ist, die mit Einzelkämpfen gegen die Unternehmer vorgingen, um sie „zahm“ zu machen, wird natürlich wohlweislich verschwiegen. Es ist deshalb gerade an der Zeit, diese weiteren Kreise einmal darüber aufzuklären, in welcher Weise sie durch die fortduernden Lohnschraubereien der Bauarbeiter allerdings in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Unternehmer kommt jedoch jede erforderliche Lohnzähmung be- willigt, sofern es an einer in dem Bauherrn zu tun ist. Dieser wiederum willlich die höheren Baukosten auf die Mieter ab, unter denen sich doch eine Menge Arbeiter befinden, und zwar keineswegs allein Bauarbeiter, sondern die große Mehrzahl der übrigen Arbeiter, deren Lohnaufbesserung der letzten Jahre in gar keinem Verhältnis zu den beständig steigenden Löhnen der Bauarbeiter steht. Diese Arbeiter werden also in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen. Ebenso ist es klar, dass die Baulust durch immer höhere Preise nicht gefördert wird.“

Soviel Säße, soviel Unwahrheiten! Es ist unwahr, dass die Lohnforderungen den Zweck verfolgen, die Unternehmer „zahm zu machen“; es ist unwahr, dass eine Lohnzähmung der baugewerblichen Arbeiter naturnotwendig eine Steigerung der Mietpreise im Gefolge haben müsse, denn jeder Sachkhemer weiß, dass die Höhe der Miete sich nicht nach den Löhnern der Bauarbeiter richtet, sondern dass hier ganz andere Faktoren mitspielen; es ist endlich unwahr, dass erhöhte Arbeitslöhne die Baulust hemmen, da hier die Konjunktur bestimmend ist, was daraus hervorgeht, dass trotz der steigenden Löhne heutzutage viel mehr gebaut wird, als früher.

Nachdem das Flugblatt dann noch die unwahre Behauptung aufgestellt hat, dass die baugewerblichen Arbeiter den ganzen Winter hindurch Beschäftigung hätten und deshalb gar keine Lohnzähmung beanspruchen dürften, fährt es fort: „Für das große Publikum ist es auch besonders wichtig, immer wieder daran erinnert zu werden, dass die Bauarbeiter sich bei ihren Lohn- und vor allen Dingen Organisationskämpfen (die ja gewöhnlich beide Hand in Hand gehen) immer gerade die wirtschaftlich Schwachen für ihre Angriffe aussuchen und sich gerade immer die Zeit aussuchen, in der das in der Hauptache nur für einen Teil des Jahres in Blüte stehende Baugewerbe besonders in Frage kommt. Wenn nun sowohl die Arbeitgeber des Baugewerbes wie auch das Publikum erfahren, dass seitens der Arbeiter unverblümmt ausgesprochen wurde, dass, wenn auch jetzt der Friede geschlossen würde, die Bauarbeiter mit 55 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit

keineswegs zufrieden sein würden, sondern dass in aller nächster Zeit, also vor dem nächsten Jahre, die Lohnsätze von Hamburg und Berlin, also 65 bis 70 Pf. pro Stunde, gefordert werden sollten, dann werden sie ja wissen, was ihnen bevorsteht und ihre Vorbereitungen danach treffen. Ein so ungeheuerlicher Lohnanschlag von 20 Pf. pro Stunde dürfte wohl die Mieten überall da, wo neu gebaut wird, ganz gewaltig in die Höhe bringen und das werden sich wahrscheinlich die Arbeiter anderer Kategorien nicht gefallen lassen, ebenso das Kleine Beamtenamt und die kleinen Handwerker, die gegen die Herren Arbeiter ohnehin weit zurückstehen und deren Existenz die Sozialdemokraten gar nicht für nötig halten.“

Es ist richtig und auch ganz selbstverständlich, dass die baugewerblichen Arbeiter das Streben haben, ihre Löhne allmählich zu erhöhen und das eine errungene Lohnzähmung natürlich nicht eine dauernde Zuständigkeit herzuführen wird. Ebenso wenig wie irgend ein anderer Mensch, sei er ein Beamter oder ein Geschäftsmann, zeitlebens mit dem zufrieden ist, was er erreicht hat, sondern fortwährend nach einem erhöhten Einkommen strebt, ebenso wenig werden sich die Arbeiter auf ewige Zeiten mit dem tarifmäßig festgelegten Stundenlohn begnügen; um ihre Lebenshaltung zu erhöhen und die Verteuerung der Unterhaltsmittel auszugleichen, müssen sie sich vielmehr bemühen, den Lohn allmählich zu steigern. Dieses Streben hat selbst der deutsche Kaiser als berechtigt anerkannt, indem er meinte: „Es ist menschlich, natürlich und durchaus berechtigt, dass jeder Mensch danach strebt, seine Lebenslage zu verbessern.“ Und warum will man es den Arbeitern verübeln, wenn sie zur Errreichung ihres Zwecks die Konjunktur benutzen, wie dies die Unternehmer bekanntlich ja auch tun? Wenn nun aber die Berechtigung einer allmählichen Lohnzähmung nicht bestritten werden kann, so wirkt es geradezu komisch, dass die Bauunternehmer die Arbeiter, die nicht im Baugewerbe tätig sind, sowie die kleinen Beamten und Handwerker mit dem drohenden Gefahren einer ganz gewaltigen Mietesteigerung in Schrecken setzen. Nur ganz dumme Leute fallen auf diesen Schwund noch herein, verrückte Menschen wissen, dass die hohen Mieten viel mehr ihren Grund haben in dem Spekulantenwesen und dem Bodenwucher, als in den angeblichen hohen Arbeitslöhnen.

Zum Schluss setzen die Scharfmacher ihrer Verdrängungskunst die Krone auf, indem sie den Arbeitern, die sie in brutalster Weise auf die Strafe geworfen haben, hinterher selbst die Schuld zuschieben. „Die Aussändigen (so nennen die Deuchler die Ausgesperrten) haben es sich selbst zuzuschreiben,“ wenn die Unternehmer jetzt nur noch mehr dazu übergehen, auswärtige Arbeiter einzustellen und angesichts der unerhörten Vergeißtigungen die noch bestehenden Verträge seitens der Arbeiter für gebrochen erklären und auch in den Orten aussperren, die bisher noch nicht dazu übergegangen waren. Wir sind fest davon überzeugt, dass man im Publikum diese Maßnahme nach Lage der Sache durchaus billigen wird und dass die Sympathie aller Einsichtsvollen nach wie vor den im Kampfe befindlichen Unternehmern gehören wird, die nach den in unvorstelligerweise laut gewordenen „Zukunftsplänen der Arbeiter“ jetzt ja erst recht alle Ursache haben, sich ihrer Haut zu wehren und die deshalb unbedingt fest zusammen halten müssen, um trotz des großen finanziellen Schadens ihre Sache zum Siege zu führen.“ Wir halten es für überflüssig, auf solch faulstide Lügen auch nur mit einem Worte der Erwiderung einzugehen.

Ein eigenartiger Vorgang, der auf die Heuchelei der Scharfmacher ein helles Licht wirft, spielt sich augenblicklich in Essen, dem Hauptorte des Scharfmachertums, ab. Dort findet für den verstorbenen Reichstagabgeordneten Stöbel, der als ehemaliger Metallbrecher der Renommierarbeiter des Zentrums war, eine Nachwahl statt. Gänstliche bürgerlichen Parteien, in denen natürlich die Unternehmer den Auschlag geben, fließen während der Wahlzeit von Arbeitersympathie über; sie umschmeicheln und umhüllen die Arbeiter-Wähler und betreiben den Stimmenfang in einer plumpen und durchsichtigen Weise. Das Zentrum, das einstmal den Arbeiter Stöbel bis aufs Messer bekämpfte und nach dessen Wahl notgedrungen gute Wiene zum bösen Spiele mache, stellt diesmal ohne weiteres und ganz selbstverständlich einen Arbeiter als Kandidaten auf, den Arbeitersekretär Giesbert in München-Gladbach, und auch die Christlich-Sozialen, die reaktionären Mittelstandssleute, haben einen Arbeiter, den christlichen Bergarbeitersekretär Behrens auf den Schild erhoben. Und selbst die Nationalliberalen, die Kapitalproteger und Scharfmacher vom reinsten Wasser, haben es für gut befunden, den nationalliberalen Rechtsanwalt Dr. Niemeier in Essen aufzustellen, einen Mann, der als arbeitersympathisch und sozialpolitisch fortgeschritten gilt und sich großer Sympathien in Arbeiterkreisen erfreut. Alle diese Parteien versichern unablässig, daß sie die Interessen der Arbeiter vertrüten und fordern deshalb die Wähler auf, ihnen die Stimme zu geben. Hoffentlich sind die Arbeiter des Riesenwahlkreises vernünftig genug, nicht auf diesen Schwindel herein einzufallen; mögen sie an die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik und den Terrorismus der Unternehmer denken, dann werden sie sich von den arbeitersympathischen Redensarten der Scharfmacher nicht umgarnen lassen!

Schaffung von Winterarbeiten.

Um Gemeindefollegium zu München sollen nach einer uns zugegangenen Nachricht die Gemeindebevollmächtigten Jetzel u. Gen. den Antrag stellen: Um ähnlichen Auftritten, wie solche im vergangenen Winter sich abspielten, entgegenzutreten, wird beantragt, daß das Gemeindefollegium wolle beschließen, dem Magistrat nahezulegen, daß das Stadtbauamt beauftragt wird, jetzt schon Vorsorge zu treffen, daß für den kommenden Winter Arbeitssgelegenheit geschaffen wird. — Diese Frage ist auch für unser Gewerbe von weittragender Bedeutung und wert, ganz besonders auch von der Meisterschaft beachtet zu werden. Schon vor einigen Jahren, im Januar 1902, versuchten wir hierfür die interessierten Kreise unseres Gewerbes aufmerksam zu machen und hofften, daß die bestehenden Meisterverbände es als ein Gebot der Pflicht erachteten würden, unseren Anregungen näher zu treten. Wir fäzzierten in kurzen Zügen die jetzt in unserem Gewerbe herrschende Saisonmüfferei, kennzeichneten die durch Gewohnheiten, Vorurteile, Laune und Mode sich eingebürgerte Beschäftigungsweise, worauf die ungeheure Arbeitslosigkeit unserer Berufskollegen zum Teil zurückzuführen sei und kein Grund vorläge, warum nicht die Maler- und Anstreicherarbeiten im Innern von Gebäuden öffentlicher Körperchaften (Schulen, Museen, Krankenhäuser, Asyle, Bahnhöfe, Rathäuser etc.) vorgenommen werden sollen, wenn die Witterung die Auseinanderhaltung in der guten Jahreszeit vorgenommen werden müsse, wofür nicht gestattet. Aber nichts rührte sich. Von einer Auseinandersetzung, die in Frankfurt a. M. ein Ende nahm, in deren Eigenschaft als Stadtverordnete nach dieser Auseinandersetzung unternommen, abgesehen; doch blieb dieser erfolglos, weil keine Rückenstärke vorhanden, das Vorgehen von Organisationen fehlte.

Oder sollten die Unternehmer unseres Gewerbes daran Anstoß genommen haben, weil wir betonten, daß an ein erfolgreiches Bekämpfen solcher beiderseits schädigenden Mißstände nur gedacht werden könnte, wenn die Meisterorganisationen mit unserer Organisation durch gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine feste Basis vorbereitet haben? Wir zweifeln nicht daran, wenn wir uns der Kämpfe und Vorkommnisse innerhalb unseres Berufes nur während der letzten drei Jahre erinnern. So manches hätte vermieden werden können, große Opfer beiderseits wären erspart geblieben, wenn man seitens der Meister mehr, wie Präsident Schulz auf dem Malertag in München treffend ausführte, die Gewerkschaften der Neuzeit und die Gewerkschaftsbewegung unbedingt mit in Betracht gezo gen hätte. Wenn dann Herr Schulz weiter in richtiger Erkenntnis der Sachlage ausführte: „die Gewerkschaften, d. h. der Zusammenschluß der Gehilfen zu einer starken Organisation, sind nur zu begründen, weil man dadurch einer homogenen Masse gegenübersteht, mit der leichter zu verhandeln ist als mit vielen einzelnen Personen. Auch die Meister müssen sich aus demselben Grunde zu großen homogenen Verbänden verschmelzen; Pflicht der Sinnung ist es, sich mit den Gehilfen zu verbinden und zu einigen“, so können wir dem nur zustimmen. Sind wir richtig unterrichtet, so hat vor einigen Jahren Herr Schulz noch einen anderen Standpunkt vertreten, um so lieber nehmen wir nun von seinen jüngsten Ansichten Kenntnis, mit denen er nicht allein steht, wie wir schon früher berichten konnten, als wir unseren Kollegen über den Malertag berichteten.

inneren Kollegen über den Mälertag berichteten.

Die Besorgnis einiger Herren also, die gesunden und vernünftigen Ansichten, die in München besonders in dem Referat des Hamburger Obermeisters Hansen zu Tage traten, würden vom Vereins-Anzeiger ausgebeutet werden, war deshalb eine sehr überflüssige. Ist es denn eine Schande, wenn ein Meister auf Grund seiner Erfahrungen es für eine wirtschaftliche Notwendigkeit hält und frei und offen seine Meinung fund gibt, daß zu einem geistlichen Zusammenwirken die Schaffung von Lohntarifen unerlässlich sei? Bedauern können wir höchstens, daß ein Unternehmer im Kreise seiner Kollegen, wenn er vernünftigen und doch so selbstverständlichen Ansichten huldigt,

erst bekräftigen muß, daß er ja kein Sozialdemokrat ist. Wenn auf diese Weise der Sozialdemokratie auch kein größeres Kompliment gemacht werden kann, so würde es doch der Förderung beruflicher Interessen mehr dienen, politische Momente so gut wie religiöse auszuschalten. Die Gewerkschaftsbewegung hat nicht die Aufgabe, die Beseitigung des Unternehmertums zu fordern, sondern sie strebt in erster Linie darnach, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der heutigen Gesellschaftsordnung zu verbessern und ihre Mitglieder aufzuklären. Sie fordert aber vom Unternehmertum, daß es mit ihr als gleichberechtigten Partnern unterhandle. Und daß diese Erkenntnis bei unseren Arbeitgebern sich immer mehr Bahn bricht, können wir nur begrüßen als einen Erfolg unserer erstauchenden Organisation.

Zinntobet.

Ein Farbstoff, dessen Verwendung in der Dekorationsmalerei sehr abgenommen hat, der aber trotzdem noch unser Interesse wachrufen kann, weil er einer der ältesten Pigmente ist, die man kennt, ist der rote Binnober. Er ist in seinen feineren Nuancen von großer farbiger Leuchtfrast und er erscheint deshalb in der Kunstmalerei unentbehrlicher als in der Dekorationsmalerei, wo ihn die roten Chromfarben oder die mit Uanilinfarben aufgeschönte Menige verdrängt hat. Besonders von Höölin wird erzählt, mit welcher Meisterschaft und mit welcher Rühnheit, aber auch mit welcher Einschränkung und Sparsamkeit er den Binnober anzubringen wußte und wie wählerisch er war, um gerade die geeignete Nuance, die er sich vorstellte, zu erlangen; wegen einer einzigen kleinen Partie auf einem seiner Gemälde, wozu er nicht den hintersten Teil einer Tube brauchte, soll er alle Farbenhändler von Paris, wo seiner Meinung nach nur ein rechter Binnober zu bekommen war, auf den Kopf gestellt haben.

Der Zinnober ist ein so alter Farbstoff, daß er schon in vorgeschichtlichen Malereien, die man an den Wänden einiger Höhlen in der Lubergne und der Dordogne gefunden hat, nachgewiesen werden konnte. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um den Zinnober, der heute verwendet wird, sondern um natürlichen Zinnober, der in der Natur auf demselben Wege, wie er jetzt künstlich hergestellt wird, zu stande gekommen ist.

Der Binnober besteht nämlich aus einer Vereinigung von Schwefel und Quecksilber, die bei dem natürlichen Binnober in irgend einem Prozeß der mineralischen Entwicklung eingetreten ist, vielleicht schon in einer Zeit, in der die Erdrinde sich noch in glühendem Zustande befand, wie bei dem künstlichen Binnober aber, ähnlich wie bei dem Ultramarinblau, das wir vor kurzem im Vereins-Anzeiger beschrieben haben, aus einer Vermischung der ursprünglichen Bestandteile durch Menschenhand oder richtiger durch künstliche Vorrichtungen zustande kommt. Bei der Herstellung des künstlichen Binobers sucht man alle die Prozesse und Bedingungen, unter denen der natürliche Binnober entstand, nachzuahmen, oder vielmehr, man vermutet, daß der natürliche Binnober auf demselben oder ähnlichem Wege entsteht, wie es nach theoretischen Überlegungen und praktischen Versuchen gelungen ist, einen künstlichen Farbstoff von gleicher Farbe, gleicher Natur und gleicher Zusammensetzung zu machen. Dasselbe ist ja auch vom Indigo zu sagen.

Der natürliche Zinnober hat, wie man es sich leicht denken kann, auch nicht die normale, gleichmäßige Beschaffenheit, bes. auf rationelle Art nach feststehenden Normen bereiteten künstlichen Zinnobers. Den natürlichen, auch Bergzinnober, Chinesischrot oder chinesischer Zinnober genannt, könnte man allerdings auch noch heute verwenden, was aber kaum lohnend wäre.

Der Hauptwert des Zinnobers liegt in seiner Farbe; seiner sonstigen Eigenschaften halber könnte er ruhig von der Malerei wie auch aus dem Kochmittel bei Dekorationen und Gemälden benutzt werden.

Zu ferner Zeit kann giftig sein, wenn man jene Zinnkiesel und
heissen Spuckbeschleunigten Schweiß und Quecksilber ver-
trägt. Allerdings ist die Giftigkeit des Zinnobers gemein-
hin nicht von weittragenden Folgen; das liegt aber bloß
daran, daß der Zinnober nicht massenmäßig wie etwa das
Bleiweiß oder die Bleimennige verbraucht wird. Wäre
das der Fall, dann würde allerdings der Zinnober unbe-
dingt auf den Index der gefährlichen und darum von der
Verwendung ausschließenden Farben zu sehen sein, denn
die giftigen Wirkungen des Quecksilbers und besonders des
sublimierten Quecksilbers, wie es im Zinnober enthalten
ist, sind gefährlicher noch als die des Bleies, weil sie

schneller wirken. Zum Giftfarbengesetz wird der Zinnober in demselben Maße getroffen wie das Bleiweiß und das Schweinfurtergrün; es darf also nicht zum Färben von Nahrungsmitteln und zu Spielwaren nur in Del gebunden verwendet werden. Wie unzureichend das Giftfarbengesetz ist, ersieht man auch daraus, daß Kerzen mit Zinnober gefärbt werden dürfen; gerade bei dem Verbrennen der Kerzen wirkt der Zinnober erst in erhöhtem Maße giftig, weil sich das Quecksilber des Zinnobers beim Brennen der Kerze in Dampfform verflüchtigt und die Luft vergiftet. Sonderbarer Weise darf der Zinnober auch zum Färben und Bedrucken von Verpackungen für Nahrungsmittel, ferner zu kosmetischen Mitteln, die wie die Schminke direkt auf die Haut gerieben werden, Verwendung finden.

Sodann ist auch die Haltbarkeit des Zinnobers nicht weit her. Er schwärzt sich nämlich an der Luft, was man gewöhnlich auf die naheliegende Ursache zurückführt, daß der Zinnober mit Bleiweiß gemischt sei. Das ist aber nicht immer richtig; bei den verschiedenen Verfahren, nach denen Zinnober hergestellt wird, kann es wohl hier und da möglich sein, daß dieser Farbstoff freien (also nicht chemisch mit dem Quecksilber verbundenen) Schwefel enthält, der nun in der bekannten Weise sich mit dem Blei des Bleiweißes oder des Firnißes zu schwarzem Schwefelblei verbindet, aber das wird in neuerer Zeit bestritten. Man meint, daß nicht alle Zinnoberarten freien Schwefel enthalten, und daß darum diese Schwefelbleihbildung nicht jedesmal, wenn der Zinnober schwarz werde, eintrete. Man will diese Erscheinung darauf zurückführen, daß der Zinnober unter dem Einfluß des Sonnenlichtes in eine Vorstufe seines Herstellungsprozesses zurückverfegt werde; die Mischung von Schwefelpulver und Quecksilber steht nämlich schwarz aus und wird erst durch Rösten unter Luftabschluß rot. Diese schwarze Masse, die man auch Muhr nennt, ist amorphy, d. h. gestaltlos; ihre Moleküle haben weder fügelige noch kristallinische noch sonst welche Gestalt. Durch das Sublimieren (Rösten) werden diese

amorphen Moleküle in kristallinische Formen gebracht, was eben die rote Farbe mit sich bringt, und es brächte also, wenn obige Meinung richtig wäre, daß Sonnenlicht eine Umwandlung der Zinnöberkristalle in amorphe Moleküle hervor, so daß also der Zinnöber wieder schwarz erscheinen müßt.

Trotzdem der Zinnober wenig Teil aufnimmt (20—25 Prozent seines Volumens), ist doch seine Deckkraft nicht sehr groß. Das ist aber eine Eigenschaft fast aller Farbstoffe deren Moleküle kristallinischer Struktur sind; die Kristalle haben zwar ein großes Reflexionsvermögen für das farbige Licht, selbst sind sie aber sehr lichtdurchlässig, sodaß sie den einen Teil des auftreffenden Lichtes dem Untergrund zuteil werden lassen. Genauer würde das in einem besonderen Artikel über die Deckkraft zu erläutern sein.

Zu dieser geringen Deckraft tritt auch noch sonderbarerweise eine geringe Trockenfähigkeit. Das kann nur in einer Einwirkung auf das Oel liegen, denn man hat bei anderen Farbstoffen mit geringer Oelaufnahme nicht über schlechtes Trocknen zu klagen; es ist klar, daß eine geringere Menge Oel in einer bestimmten Menge Farbstoff die Farbmasse schneller zum Trocknen bringen muß, als wenn die Menge des Oels größer ist. Selbstverständlich könnte dieses Faktum an sich nicht allein bewirken, daß eine Farbmasse längere Zeit zum Trocknen braucht, aber ohne Einwirkung auf die Trockendauer ist es nicht.

So kann man also sagen, daß der Binnober für die gewöhnlichen Arten von Masereien sich überlebt hat; wo es nicht sein feiner Ton ist, der zur Verwendung reizt, und wo nicht ganz besondere koloristische Gelüste in Betracht kommen, da genügen borderhand die Chromifarben, bis auch diese, die ja auch giftig sind, mit der Weiterentwicklung der Teerfarbenindustrie entbehrlich werden. H.

Sohnbewegung.

Zug ist streng fernzuhalten nach: Thorn und
Straßburg i. Els.

Nach Niel und Rübeck ist wegen Arbeitslosigkeit infolge der Bauarbeiteraussperrung, nach Bayreuth und Frankenberg i. S., da versucht wird, trotz der vereinbarten Tarife die gelernten, organisierten Arbeiter durch ungelernte, indifferente Leute zu ersetzen, jeglicher Zugang fernzuhalten.

— Der Streik in Breslau wurde nach einer zweckent-
sichlichen Dauer am 1. Juli erfolglos beendet. In der am
13. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete
Kollege Adam den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß
die Ausgaben für den Streik sich insgesamt auf 33 603.10 M.
beliefen. Im Anschluß an die Rechnungslegung gab er
sodann eine genaue Übersicht über den Streik, um den
Nachweis zu führen, daß aus taktischen Gründen die Bei-
legung derselben eine Notwendigkeit war und im Inter-
esse der Kollegen bezw. der Organisation erfolgt sei. In
der bewegten Versammlung sei es nicht möglich gewesen,
in ruhiger Weise die Tatsachen vorführen zu können. Adam
rechnete aus, daß den Meistern tatsächlich eine genügende
Zahl von Arbeitern zur Verfügung standen, die notwen-
digsten Arbeiten auszuführen. Unter solchen Umständen
könne sich kein Streik halten. Dazu kommt der Umstand,
daß es sich bei der Fassung gar nicht mehr um die Lohn-
frage handelte, sondern sie es auf eine Machtprobe ankom-
men lassen wollte. Hätte der Streik noch länger gedauert,
dann hätte sich die Zahl der Streikbrecher verdoppelt und
verdreifacht. Und diese Besorgnis war es, die hauptsächlich
die Lohnkommission veranlaßte, abzubrechen. Mit den
Streikbrechern kann keine Organisation rechnen, sie sind
als verloren zu betrachten. Dazu durfte man es nicht
kommen lassen. An Mitteln, den Streik weiter zu führen,
hat es nicht gefehlt. Die Arbeitgeber haben die erbärni-
sige Wut der Leute erkannt, um die Organisation lahm
zu legen. Sie haben die Kollegen willt-
richtig aufgefordert, in Christes organi-
sierte Kirche zu eilen. Sie haben die
Streikbrecher isoliert wünscht. Das Schlimmste dabei
ist, daß darauf viel Kollegen der Organisation den Rücken
gefährt haben. Traurig sei es, daß solche Dinge, für die
noch nicht der Schatten eines Beweises vorhanden sei,
vorgebracht werden müssen, um ihre Haltlosigkeit darzu-
tun. Adam richtete an die Kollegen einen dringenden
Appell, der Organisation nicht untreu zu werden, weil
sonst die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Maler auf
Jahre hinaus unmöglich sein würde. Nach der sich an-
schließenden lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung bringt auf Grund der Ausführungen des Kollegen Adam dem Vorstande sowie der Filialverwaltung nach wie vor ihre volle Sympathie entgegen und erkennt an, daß es den Umständen entsprechend geboten war, den Streik auf eine günstigere Zeit zu vertagen. Des weiteren bringt die Versammlung hiermit zum Ausdruck, daß alle unter den Kollegen verbeiteten Gerüchte und Verdächtigungen, die den durchsichtigen Zweck verfolgen, die Bewegung auf Jahre hinaus lähm zu legen, den erhofften Erfolg nicht erzielen werden. Wir sind uns aber bewußt, daß durch Einigkeit und eine starke Organisation die wirtschaftliche Lage der Kollegen gehoben und der Herrerstandpunkt der Arbeitgeber gebrochen werden kann. Mit Entrüstung weist die Versammlung die Verdächtigungen zurück.“

— Straßburg i. E. In der Situation des Streiks hat sich wenig verändert, die von der Maler-Innung erhofften Arbeitswilligen, die laut Innungsbeschluß kommen sollten, sind immer noch nicht eingetroffen, trotzdem die Innung sich die Sache etwas losen läßt. Herr Obermeister Schmidt oder ein anderes Vorstandsmitglied machen wiederholt Reisen, um die Anwerbung der arbeitswilligen Maler zu bewerkstelligen. Auch in Trieberg i. Schw. soll Herr Schmidt sein Glück versucht haben und auch ganze vier Kollegen, denen er natürlich nicht sagte, daß hier ein Streik ist, für den letzten Montag engagiert haben, aber ✓ Schred! — Die Ersehnten trafen am Montag nicht ein. Ob wohl hier die bösen Streikenden die Hand im Spiele hatten? In der letzten Innungssversammlung wurde beschlossen, nicht in Verhandlung mit der Streikleitung einzutreten. Den Innungsmäistern wurde empfohlen, recht viel „nicht geleerte“ Arbeiter einzustellen, damit wir dieselben wieder wegholen und so „unsere Streikkasse bald geleert werde“. Man kann aus einer derartigen niedrigen Handlungswelle erschließen, daß die Straßburger Arbeitgeber die Arbeiterorganisationen noch recht wenig kennen.

sonst müssten sie wissen, daß sie durch derartige Mittelchen uns nicht besiegen und die Kasse nicht zu leeren vermögen. Für die Straßburger Arbeitgeber wäre es aber zweifellos vernünftiger, wenn sie in ihrem eigenen Interesse sich den Weg nicht versperren würden, der zur Besserung der zerstörten schlechten Berufsverhältnisse führt; denn gerade in Straßburg wäre es dringend nötig, daß im Submissionswesen eine baldige Besserung und Regelung eintreten würde. Über die sonst so uneinigen Meister, welche beständig bestrebt sind, den anderen durch Unterbietung die Arbeit wegzuschnappen, sind nun in der Innung von dem einen Geiste besetzt, als Sieger aus dem Lohnkampfe hervorzugehen. Die Zeit wird es ja lehren; einmal haben sich die Straßburger Meister schon verrednet. Sie glauben nämlich nicht, daß ihre Leute so einmütig in den Streit treten würden, ebenso einmütig halten sie auch aus, bis die Arbeitgeber bereit sind, die ihnen wiederholt gebotene Hand zur Einigung anzunehmen. Wir bitten dringend, daß die Kollegen Straßburg meiden!

= Frankfurt a. M. Der am 13. Juli ausgebrochene Streik der Lackierer in der Maschinensfabrik von Mayrath u. Co. erreichte am Mittwoch den 19. Juli sein Ende, nachdem die Firma die Forderungen der Kollegen bewilligt hatte. Nach fechtägigem Kampfe wurde unsere Organisation anerkannt und hierauf der Vertrag vereinbart. Es liegt nun an den Kollegen, das Errungene zu erhalten.

= In Thorn wissen sich die Arbeitgeber zu helfen, das muß man ihnen lassen. Als unsere dortigen Kollegen Forderungen stellten und einen Tarifvertrag abschließen forderten, stellten die Arbeitgeber mit einem Maße die Behauptung auf, daß ein Tarifvertrag bereits bestehen und noch bis zum 1. April 1906 geltet. Man könnte wohl über diesen schlau ausgedachten Trick lachen, wenn nicht gleichzeitig mit dieser Behauptung uns der Vorwurf des Kontraktüberschreitung gemacht würde und zwar wird dieses doch wieder systematisch durch die bürgerliche Presse ausgenutzt gegen uns, wie schon die beiden nachstehenden Notizen in der "Thorner Presse" vom Donnerstag den 20. Juli und Sonntag den 23. Juli beweisen:

(Streich der Maler gehülfen in Sicht.) Zwischen den Malermeistern und ihren Gehülfen besteht ein bis 1. April 1906 laufender Lohnkontrakt, nach dem der Lohn 30 ♂ die Stunde für eben ausgelernte Gehülfen, 35 ♂ nach zweijähriger Gesellenzeit und dann je nach der Leistung mehr beträgt. Trotzdem der Kontrakt noch nicht abgelaufen, stellen bereits jetzt die Gehülfen an ihre Meister über die Forderung, den ausgelernten Gehülfen 40 ♂, den älteren 45 ♂ und den besten Gehülfen mehr für die Stunde zu bewilligen. Falls bis nächsten Freitag keine bündige Zusage erfolgt, wollen die Gehülfen am Montag die Arbeit niederlegen.

"Die Malermeister Thorns haben in der gestern Abend in der Innungsherde abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, die höheren Lohnforderungen der Gehülfen nicht zu bewilligen, sondern sich strikt an den Kontrakt, der am 1. April 1904 von den Gehülfen unterschrieben worden ist und der bis zum 1. April 1906 läuft, zu halten. Dieser Versammlungsbeschluß ist heute dem Ausdruck der Gehülfen schriftlich mitgeteilt worden und es wird abzuwarten sein, ob die Gehülfen wirklich, wie beabsichtigt, am Montag in den Ausland treten."

Gegen diese Behauptungen der Arbeitgeber haben unsere Kollegen durch Unnachahme einer Resolution ganz energisch protestiert und diese den Arbeitgebern somit wie auch der Presse zugelandt. Ausgebaut wird dieses Märchen auf eine Verhandlung, die allerdings schon im vorigen Jahr stattgefunden, bei der es aber über eine Aussprache der gegenseitigen Meinungen und Wünsche nicht hinaus kam. Das aus dieser Verhandlung aufgestellte Protokoll wird nun als Tarifvertrag von den Arbeitgebern ausgegeben. — An den Kollegen Thorns liegt es jetzt, zu beweisen, daß die Herren die Rechnung ohne ihre Gehülfen gemacht haben. Am Sonntag den 23. Juli wurde mit 64 gegen 1 Stimme beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Montag früh ließen sich 75 Kollegen einzeichnen, so daß nur 2 bis 3 weiterarbeiten. Zugang ist ferngehalten.

Nach München muß vorläufig noch Zugang ferngehalten werden, da noch, wie uns berichtet wird, eine ganze Anzahl Kollegen arbeitslos ist. — Neben den Lohnkämpfen, der nun beendet ist, schrieb die "Münchener Malerzeitung": Die Malergehülfen stehen, wie seit circa 12 Jahren üblich, auch in diesem Jahre in einer Lohnbewegung. Die Münchener Verhältnisse sind derart verschoben, daß durch einen Streik nichts zu erzielen ist. Das einzige richtige Mittel, eine Grundlage zu einem den heutigen Verhältnissen entsprechenden Tarif zu schaffen, bleibt Hoffnung der der Akkordarbeit. Es ist geradezu scandalös, um welche Schundpreise hier in München von einigen Malergehülfen Akkordarbeiten übernommen werden. Ein Meister, der seine Leute im Tageslohn bezahlt, kann mit einem anderen, der alles in Akkord gibt, nicht im entferntesten konkurrieren. Der im vorigen Jahre am Einigungsanteile beratene Tarif hätte die Akkordarbeit geradezu begünstigt. Um übrigens glauben wir, daß kein Meister den Tarif eingeführt hat. Die Malergehülfen in München tun gut, ihr Augenmerk auf Abschaffung der Akkordarbeit zu richten. Die Akkordarbeit ermöglicht es der Schmuckzurück, den reellen Meister aus dem Felde zu schlagen; bezahlt letzterer nicht einen viel höheren Lohn für die gleiche Arbeit wie ersterer? — Unstreitig müßte, um die nicht abzustreitenden Widerstände zu beseitigen, von beiden Seiten eingegriffen werden. Wenn man natürlich sich so starrköpfig den Strebenungen der Gehülfenschaft zur Vereinsbildung eines Tarifs gegenüberstellt, wie die Münchener Malerinnung, ist an ein gedeihliches Verhältnis nicht zu denken.

= Lohntarif für den Bezirk der Maler- und Lackierer-Innung Bernburg.

S. 1. Die Arbeitszeit ist vom 1. April bis 1. Oktober eine täglich 9½-stündige, von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit 1½-stündiger Mittagspause und je ½-stündiger Frühstück- und Besperpause. Die Arbeitszeit ist pünktlich inne zu halten. Unpünktlichkeit zieht die Nichtbezahlung der verletzten Stunde nach sich. Das Aufleiden gehört nicht zur Arbeitszeit. Im Winterhalbjahr findet die kürzere Arbeitszeit nach Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die vorgenannte 1½-stündige Mittagspause kann bei Landarbeiten oder in Betrieben außer dem Stadtbezirk Bernburg verkürzt werden.

S. 2. Der Minimallohn für Malergehülfen, welche 2 Jahre ausgelernt haben, beträgt pro Stunde 40 Pfennig.

S. 3. Nacharbeiten von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, sowie Sonntagsarbeit werden mit 10 Pfennig Aufschlag pro Stunde bezahlt.

Bei Arbeiten von Gerüsten an Fassaden hat der

Arbeitgeber in jeder Hinsicht für die Sicherheit der Arbeitskräfte Sorge zu tragen.

S. 4. Bei Arbeiten, bei denen Mittags die Wohnung nicht erreicht werden kann, wird eine tägliche Vergütung von 50 Pfennig gezahlt.

Arbeiten, welche über eine Stunde entfernt sind, gelten als Landarbeit und werden mit 1 Mark Aufschlag für den Tag bezahlt, oder Post und Logis sowie wöchentlich einer Fahrt und Rückfahrt.

S. 5. Akkordarbeit ist tunlichst zu vermeiden, wo notwendig, ist dieselbe nach den von der Innung mit dem Gesellenabschluß festgelegten Grundpreisen zu vergeben.

S. 6. Die Unnachahme selbständiger Arbeiten, sogenannter Pfuscharbeiten, ist den Arbeitnehmern strengstens verboten.

S. 7. Am Sonnabend und an den Tagen vor den Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend, Wohnabzug hierfür findet nicht statt.

S. 8. Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt. Das Kündigungsvorbehalt ist der außer der Stadt Bernburg bestehenden Betriebe kann durch besondere Vertrag geregelt werden.

S. 9. Dieser Tarif ist in den Werkstätten sichtbar auszuhängen.

S. 10. Zur Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen wird eine Kommission von 6 Mitgliedern, 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer gewählt.

S. 11. Dieser Vertrag gilt bis 1. April 1906 und tritt mit dem 1. Juli 1905 in Kraft. Derselbe gilt immer 1 Jahr weiter, wenn von keiner Seite aus ein Vierteljahr zuvor gekündigt wird.

Aus unserem Berufe.

+ Berufsunfälle. Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 18. Juli auf einem hiesigen Neubau zu Schrod bei Polen. Infolge Mängelhaftigkeit des Baugerüstes stürzten zwei Maler mit mehreren Brettern, die lippeln, in die Tiefe. Der eine derselben fiel auf das Trottir und zog sich schwere innere Verletzungen zu; der andere, ein 28jähriger Maler gehülfen Bekos, stürzte so ungünstig auf einen benachbarten Bretterzaun, daß er sich furchterfüllte Verletzungen zuziehend, nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab. — Infolge Fehlens jeder Organisation am Platze, wird den verschiedenen gesetzlichen Anforderungen, welche zum Schutz des Lebens der Arbeiter getroffen sind, fast keine Beachtung geschenkt. Es ist noch ein Wunder, daß nicht öfters Unglücksfälle voroxommen, wenn man z. B., wie Schreiber dieses sah, Bausäume duldet, die aus oben angespitzten Latten bestehen. — Wanndsbeld. In der Goethestraße härrte am 22. Juli, nachmittags, ein Maler von einem Gerüst herab und erlitt schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht.

+ Neben die Bleierkrankungen der Maler, Weißbinder und Lackierer enthalten auch die Jahresberichte der preußischen Gewerberäte einiges Material, doch ist es bemerkenswert, daß nur aus den Regierungsbezirken Wiesbaden und Aachen hierüber berichtet wird.

Wenn man von den eigentlichen und ausschließlichen Bleierkrankern, denen in Bleihütten, Bleiwerke, Bleiaufzäpfen und vergleichbarem absicht, so scheinen unsere Berufsgenossen die am meisten durch die Einwirkung des Bleies gefährdeten Arbeiter zu sein. Wenn sich auch nicht direkt feststellen läßt, daß prozentual die Maler am stärksten gefährdet sind, so spricht jedenfalls sehr vieles dafür, unzweifelhaft ist die absolute Zahl der bleierkranken Maler eine ganz außergewöhnlich hohe. In der Frankfurter Ortskranenkasse ist unter Mitwirkung des Sozialen Rates eine Durchsicht der Krankenakten auf Bleierkrankungen vorgenommen worden. Zunächst ist mit dem Jahre 1903 begonnen worden. Unter den ca. 53 000 angenommenen Erkrankungsfällen wurden 1903 Fälle von Bleierkrankung auf 141 Fälle und 1904 auf 143 Fälle erhöht. Von 1905 bis 1908 auf 143 Fälle, 1909 auf 140 Fälle und Lackierer und Lackierer,

1910 auf Schriftleger, Schrifftreiber und andere in Buchdruckereien beschäftigten Personen,

1911 auf Schriftleger und Installateure,

1912 auf Arbeiter in Akkumulatorenfabriken,

1913 auf in verschiedenen Betrieben beschäftigten Personen.

Nach einer Berechnung, die vieles für sich hat, kamen darnach

auf je 1000 Weißbinder, Maler und Lackierer 116 Fälle,

auf je 1000 Buchdrucker, Schriftleger u. Schrift-

gießer 26 Fälle,

auf je 1000 Klempner und Installateure 17 Fälle

von Bleierkrankungen. Die Erfahrungen in den Frankfurter Krankenhäusern bei der Behandlung von schweren Bleierkrankheiten bestätigen diese Zahlen. Im Jahre 1903 und im ersten Halbjahr 1904 wurden 80 solche Fälle in den Krankenhäusern behandelt, deren Heilung oder Besserung in einzelnen Fällen bis zu 2½ Monaten gedauert hat. Der größte Teil der Erkrankungen war zwischen 20 und 30 Jahren, der älteste 52 Jahre, die beiden jüngsten 15 Jahre alt. Ein 27jähriger Lackierer hat an Bleiterkrankung gelegen vom 13. Juli bis 26. Juli 1902, vom 9. Juli bis 25. Juli 1903, vom 29. Dezember 1903 bis 13. Februar 1904 und vom 6. August bis 14. September 1904. Der größte Teil der in den Krankenhäusern behandelten Fälle von Bleierkrankungen entfällt auf die Maler, Lackierer und Weißbinder. Wenn man darnach so schreibt der Gewerberat, auch annehmen muß, daß in diesem Berufe die Gefährdung der Bleierkrankung besonders groß ist, so ist doch die Zahl der im Jahre 1903 unter den Weißbindern, Malern und Lackierern gefundenen Bleierkrankungen außergewöhnlich hoch, wie ein Vergleich mit dem Jahre 1896 zeigt. In letzterem Jahre entsprach auf 60 982 Mitgliedern der Frankfurter Ortskranenkasse 164 Fälle von Bleiterkrankung und auf 1282 Maler, Lackierer u. 43 Fälle, also auf 1000 34. Gegenüber 116 im Jahre 1903.

Noch viel größer als die Zahl der direkten Bleierkrankungen ist die Zahl der damit wahrscheinlich im Zusammenhang stehenden Erkrankungsfälle. Dazu gehören besonders die Magen- und Darmkatarrhe und rheumatische Leiden. Nach den vorstehend angegebenen Zahlen würden im Jahre 1903 auf je 1000 Maler u. 140, auf je 1000 Schriftleger u. 160 Fälle kommen. Diese Zahlen haben aber nur einen sehr bedingten Wert, da es kaum möglich ist, mit einiger Sicherheit den Zusammenhang der einzelnen Erkrankungen dieser Art in der Bleiwerbung festzustellen. Ein Dritter sind 9 Erkrankungen an Bleiterkrankung unter den Malern und Lackierern bekannt geworden. Ein Gehülfen war über ein Jahr, ein anderer 1½ Jahre lang krank.

In dem Berichte für den Regierungsbezirk Wiesbaden wird darüber gesagt, daß es große Schwierigkeiten bereitet, die Arbeiter von der drohenden Gefahr der Bleierkrankung zu überzeugen und sie abzuhalten von Essen, Trinken, Rauchen und anderen die Gesundheitsgefähr steigernden Gewohnheiten bei der Arbeit, die die Gefahr der Bleierkrankung steigern. Auch wir schließen uns gerne diesem Bekannten an, wenn wir auch die Gründe nicht unterschätzen, die größere Vorsicht als Regel nicht anstreben lassen. Aber gerade weil wir das Bedauern des Gewerberats teilen, halten wir die neue Verordnung zum Schutz der Maler und Berufsgenossen zur Verhütung der Bleierkrankungen für durchaus ungünstig und sehen einer unbefriedigenden Wirkung mit Bedauern entgegen. Gerade die Zeitschriften und Beiträge in dem Wiesbadener Berufe müssen uns veranlassen, trotz der momentanen Aussichtslosigkeit, immer wieder von neuem die wohlbegündete und einzige wirkungsvolle Maßregel zu fordern: das Verbot der Verwendung von Bleifarben im Berufe der Maler, Tüncher, Lackierer u. Co.

+ Neben die Bleierkrankungen in unserem Berufe finden sich auch einige Angaben in dem vor kurzem erschienenen Bericht der großherzoglichen Gewerbeinspektion für das Jahr 1904. Neben die von dem Bundesrate geplanten Vorschriften zur Verhütung von Bleierkrankungen der Maler, Weißbinder und Lackierer wurde auf dem Ausschusse der Gewerbeinspektion eine Beratung gepflogen. Leider wird nun diese Tatsache festgestellt, nicht aber erwähnt, was das Ergebnis dieser Konferenz war, bzw. in welchem Sinne über die Aussagen der Gehülfen an die vorgesetzten Behörden berichtet wurde. Im Zusammenhange mit dieser Konferenz steht wohl die Revision einiger Weisungen in der Werkstätten, aber über deren Ergebnis finden sich keine Angaben. Der Bericht ist, wie wir das nun gewohnt sind, übermäßig düstriahtisch unseres Berufes. Wir finden nämlich darüber den gemachten Angaben bloß noch die Mitteilung, daß ein Tünchermaler im Darmstädter Aussichtsbezirk 5 Gehülfen an einem Sonntag mit Anstreicherarbeiten in einer Wohnung beschäftigte und deswegen zu 100 ♂ Geldstrafe verurteilt wurde. Diese Strafe ist im Vergleich zu den sonst in ähnlichen Fällen verhängten Bußen eine vergleichsweise hohe und dürfte den überzeugten Tünchermaler vielleicht doch veranlassen, fünfzig seinen Gehülfen die Sonntagsruhe nicht zu rauben. Hoffentlich wird, wenn die für unseren Beruf veröffentlichten Schutzmaßnahmen in Kraft treten werden, die Gewerbeinspektion sich veranlaßt sehen, auch den Malern, Tünchern und Lackierern im höheren Maße Aufmerksamkeit zu schenken. Das wäre wenigstens ein Gewinn der neuen, durchaus unzulänglichen Verordnung.

+ Ein "Bund der Maler-Binnungen" zu Hamburg-Altona-Wandsbek-Lübeck ist am Donnerstag den 20. Juli im Innungshause bei den Binnigen gegründet worden. Obermeister Carl F. Hansen-Hamburg leitete die Verhandlungen, denen als Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona-Fähr. v. Reiswitz bewohnte. Der Bund beweist, die ihm angehörigen Binnungen zur gemeinsamen Verfolgung ihrer Aufgaben, sowie zur Pflege der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu vereinigen. In den provisorischen Bundesvorstand wurden gewählt die Herren Obermeister Hansen-Hamburg (erster Vorsitzender), Obermeister Dürren-Wandsbek und D. Beble-Hamburg als Schriftführer, Alois Bauer-Hamburg und Willy Schulz-Altona als Beisitzer. Die Teilnahme des so bekannten Schafsmachers von Reiswitz ist für unsere Kollegen unschwerer die Steine zu schließen und auf dem Posten zu sein.

Dresden. Die Schriftmaler, Lackierer und Weißbinder in Wagen, Möbel- und Bleiwalzereien nahmen in einer Versammlung am 18. Juli den Bericht über Verhandlungen in der Lackierer-Brüderung über einen förmlich eingereichten Lohntarif durch den Altkapitän Kollegen Westphal entgegen. Wie zu erwarten war, wurde der Tarif von den Meistern befürwortet, haben sie doch bisher noch nichts von dem Willen ihrer Gehülfen, ihre miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in moderner Weise umzugeben, gefordert. Die ältesten Badenbüter wirkten verhalten. Sagte man allen Ernstes: die Gehülfen würden bei hohen Lönen aufhören, nach höheren Leistungen zu streben; wenn ein Tarif besteht, könnten die Löne nicht nach den Preisen der Lebensmittel usw. reguliert werden, denn diese könnten in nächster Zeit sinken, ohne daß dann die Meister die Löne fürchten könnten. (1) Nehmliche horriert-skeptische Gedanken durchzogen die ganzen Debatten. Schließlich ließ man sich zur Billigung eines Normallohnes von 45 ♂ aufstatt des geforderten Minimallohnes von 50 ♂ herbei. Lustreicher sollen, wenn sie 3 Jahre im Geschäft tätig waren, 35 ♂ (1) Normallohn bekommen, damit die Meister imstande sind, das nahezu auf den Hund gekommene Gewerbe vollends zu diskreditieren. Ferner will man die Buschläge für Überstunden, wenn diese in der Werkstätte vorkommen, gekürzt wissen. Weiseinrichtungen will man nicht bewilligen, weil solche schon vorhanden seien. (Nach dem Bleiweissgesetz müssen sie hergestellt werden!) Eine Tarifkommission hält man für überflüssig, weil diese der Innungsvorstand und Gelehrte erlegen könnte; dann werden 9 Meister und 3 Gehülfen sich gegenübertreffen. Und das Anhängen des Tarifs in der Werkstätte wurde abgelehnt, weil die zu und nicht zu erfahrene braucht, was die Gehülfen verdienen. Nun, ein größeres Vermutungsgrund konnte sich wohl die Lackiererinnung nicht ausstellen. Damit beweist sie, daß sie nicht magt, der Kundshaft zu verraten, welche Prämie deshalb in die Taschen der ehrwürdigen Innungsmaster flossen. In der Debatte wurde an diesen Zuständen scharf kritik geübt. Man beschloß, den eingereichten Tarif aufrecht zu erhalten, die Organisation zu stärken und auszubauen, damit, weil, wie sich jetzt gezeigt hat, auf gütlichem Wege schwerlich etwas zu erwarten ist, bei passender Gelegenheit der Lackiererinnung gehörig eingehalten werden kann. Ferner wurde noch aus der Werkstätte von Koer berichtet, daß dort der Meister einem Lehrling erst eine scharfe Spachtel und kurz danach einen Ringpinself ins Gesicht geschleudert hat, wodurch dieser eine blutende Wunde am Ohr und geschwollene Lippen davongetragen hat. Ähnliche Exzesse, verbunden mit gräßlichen Schimpfareien, sollen dort etwas ganz selbstverständliches sein; bedauerlich, daß dann von den beteiligten Kollegen nicht energischer vorgegangen wird.

Schwerte. (Nach dem Raumspfe.) Wird man einen Blick auf den hiesigen Weißbinderstreit zurück, so

Die Industrial-Union.

New-York, im Juli 1905. Die seit langem angekündigte Gründung einer "Zentral-Organisation für die Arbeiter-Umeritas" auf einer fortschrittlichen Basis hat sich vollzogen. Ende Juni wurde sie in Chicago ins Leben gerufen, und führt den Namen "Industrial-Union" (Industrie-Vereinigung). Infolge der schon oft erwähnten Zustände in der amerikanischen Arbeiterbewegung ist das Vertrauen auf die jetzige bestehende Zentral-Organisation bei der großen Masse der Arbeiter verloren gegangen. Unzufriedenheit ist genug vorhanden, der Boden wurde genug genäht und in allen Zentralen der organisierten Arbeiter wurden die Verhandlungen verfolgt. Offen und klar wurde ausgesprochen, den Kampf gegenüber den tendenziell zentralen Organisationen "American Federation of Labor" (Amerikanischer Arbeiter-Bund) aufzunehmen, sie zu reorganisieren und auf den Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung zu bringen.

Das Programm, welches erlassen wurde, hat folgenden Wortlaut:

"Eine Bewegung, die ihre Ausgaben erfüllen soll, muss aus einer einzigen großen Industrie-Vereinigung bestehen, in der alle Industrien eingeschlossen sind, — eine Vereinigung, die auf Berufsautonomie in lokalen Affären, Industrie-Verbandes-Autonomie auf internationalem Gebiet, und alles umfassender Arbeiterklassen-Einigkeit und Solidarität sich stützt. Die Bewegung sollte auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und deren allgemeine Verwaltung sollte von der Erkenntnis des ununterbrochenen Konflikts zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse geleitet werden."

Sie sollte als die wirtschaftliche Kampforganisation der Arbeiterklasse etabliert werden, ohne Angliederung an irgend eine politische Partei.

Alle Macht sollte in den Händen der gemeinschaftlichen Mitgliedschaft ruhen.

"Locale, nationale und allgemeine Verwaltung, Union-Labors, Abzeichen, Knöpfe, Transferierungskarten, Aufnahmegerüchten und Kopftreuer sollten gleichmäßig durch die ganze Organisation sein."

Arbeiter, die Gewerkschaftskarten von fremden Ländern aufweisen können, sollten kostengünstig in diese Organisation aufgenommen werden.

Alle Mitglieder sollten sich den lokalen, nationalen oder internationalen Organisationen, die die Industrie, in der sie arbeiten, deckt, anschließen, doch Transferierungen der Mitgliedschaft zwischen Unionen, lokalen, nationalen und internationalen Organisationen sollten gleichmäßig geregelt werden.

Ein zentraler Betriebskampfsfonds, zu welchem alle Mitglieder gleichmäßig beitragen, sollte geschaffen und aufrecht erhalten werden."

In Anwesenheit von 70 Delegierten, die 51 433 Arbeiter vertraten, sowie einer Anzahl Einzel-Personen, wie E. Debs, Mutter Jones, die beratende Stimme hatten, wurde von dem Delegat der "Westlichen Kohlenbergleute", Wm. Haywood, folgende Gründungs-Annahme gehalten: "Indem ich diese Konvention mit einer Ansprache eröffne, geschieht dies mit einem Gefühl der Verantwortlichkeit, das zunächst auf mir und auf jedem hier anwesenden Delegaten ruht. Dies ist der erste kontinentale

Revolutionszeitnamen.

Anacharsis Cloots—Giuseppe Mazzini—Eda Hahn-Hahn
Sie sind keineswegs revolutionär gleichwertig, wie ihr Name, die man in diesen Tagen in den Blättern auf ihres Grabe heranholte. Es ist sogar äußerst vereinfach, sie Giustinian Hahn-Hahn neben zwei politische Revolutionäre von ausgesprochenem Charakter zu stellen, denn sie war eine Aristokratin aus dem reaktionär mehr als autoritären Zulandesteile Mecklenburg, und den Junkerhochmut und Adelsdunkel verlor sie nie. Aber sie war gleichwohl in ihrer Art merklich das Kind einer Revolution. Sie rebellierte gegen die Fesseln der Natur, die sie von der Gesellschaft dem Liebesleben angetan fühlte, und weil sie darin den seelischen Wurzeln des Unbefriedigtheins wie niemand vor ihr auf den Grund ging, deshalb wurde sie die gefeierten Romancierstellerin der vierziger Jahre des vergessenen Jahrhunderts, und deshalb mag sie immerhin, da der Zufall es fügt, mit den beiden anderen Namen voll revolutionären Inhalts zusammen genannt werden. Um die Gräfin Hahn zu charakterisieren, griff die Zeit zum Vergleich: sie nannte sie die deutsche George Sand, — was wegen ihrer ähnlichen Geschicklichkeit mehr als wegen der schriftstellerischen Bedeutung berechtigt ist. Die anderen beiden Namen aber erheben sich ganz aus eigener Kraft in der Gedichte ihrer Zeit, sowohl Anacharsis Cloots, der hebertistische Parteigänger der Pariser Kommune aus der großen französischen Revolution, als Giuseppe Mazzini, die Seele der italienischen Einigungsrevolution des neunzehnten Jahrhunderts.

Anacharsis Cloots, dessen Geburtstag auf den 24. Juni fiel, war ein deutscher Volksler: im Clevenschen, auf Schloss Gladental, stand seine Wiege. Die Erziehung in Pariser Schulen bestimmte seine Lebensausbildung und damit seinen Lebensweg. Der Kreis der Enchlapadisten — Holbach, d'Alembert, Diderot — öffnete sich ihm, und noch ehe das erste entscheidende Ereignis von 1789 geschah, trat der Anhänger des philosophischen Materialismus ihn und begeisterte für die demokratisch-radikalen Forderungen auf, die in der Revolution zum Siege gelangen sollten. Die Dithing mit der Bastille trieb ihn auf die Stufen, der Ausbruch der Revolution sah ihn aber sofort in den entschiedensten Klubs von Paris. Er war einer von denen, die nicht nur von der Revolution im idealen Sinne die nahe Befreiung des Menschengeschlechts erwarteten, sondern für dieses ideale Ziel mit ganzer Hingabe Gut und Leben einsetzen. Zu phantastisch-symbolischen Veranstaltungen führte ihn dieser schwärmerische Idealismus. Er war es, der den bunten, national kulturierten Aufzug der "Botschaft des Menschengeschlechts" organisierte, der am 19. Juni 1790 in der Nationalversammlung erschien und um das Recht der Teilnahme am Freiheitsfest des 14. Juli bat. Damals legte er sich aus Protest gegen seine christlichen Vornamen den Namen Anacharsis bei, den er in Erinnerung an jenen

Arbeiter-Kongress der Welt. Wir sind zusammengekommen, um die Arbeiter dieses Landes in eine Arbeiterklasse zu vereinigen zur Befreiung von den Sklavereien des Kapitals. Es existiert gegenwärtig keine Arbeiterorganisation, welche diesem Zweck und diesem Ziel dient. Die Absichten und Ziele dieser Vereinigung (Industrial-Union) sollten darauf hinausgehen, die Arbeiterklasse in den Besitz der ökonomischen Macht, der Kontrolle der Maschinen für die Produktion und Verteilung der Waren zu setzen, ohne Rücksicht auf kapitalistische Unternehmen. Die American Federation of Labor, welche vorgiebt, die Arbeiterbewegung dieses Landes zu repräsentieren, ist keine Arbeiterklasse, sie repräsentiert nicht die Arbeiter. Es existieren Organisationen, die nur locker mit der American Federation of Labor assoziiert sind und die in ihrer Konstitution, in ihren Nebengesetzen einem Farbigen die Aufnahme oder beruhende Stimme verweigern. Wir wollen eine Arbeiterorganisation ins Leben rufen, welche jedem Lohnarbeiter, der seinen Lebensunterhalt entweder mit dem Geiste oder mit den Muskeln verdient, weit die Tore öffnet. Diese Konvention hat eine große Arbeit zu verrichten und jeder muss eingestehen, daß diese Arbeit sehr notwendig ist. Diese Organisation wird auf dem Klassenkampfe gegründet, wird sich zu keinem Kompromiß herbeilassen, sich nicht unterwerfen und nur einen Zweck und ein Ziel im Auge haben, nämlich die Arbeiter dieses Landes in den Besitz des vollen Wertes des Produktes ihrer Arbeit zu bringen."

Die Verhandlungen, die sich lange ausdehnten, haben mehrere sehr bedeutende Verträge zur Annahme gebracht, wie: der 1. Mai gilt als Feiertag; Anschluß an die organisierten Arbeiter aller Länder; Verbot des Beitrags zur Miliz (Bürgerwehr); Änderung des Namens: in — "Industrial-Vereinigung der Welt" usw. Von den verschiedenen Zentral-Gewerkschaften Europas waren Schreiben eingelaufen, die meistens mit dem neuen Unternehmen sympathisierten.

Bouget schrieb aus Paris, daß die Gewerkschaften Frankreichs mit dieser Bewegung sympathisieren, weil sie den ökonomischen Kampf höher stellen und die französischen Gewerkschaften können sich gratulieren, daß sie in ihren Versammlungen alle Diskussionen und Fragen über Regierung und Parlament abgeschafft haben; politische Meinungen eines Arbeiters kommen erst an zweiter Stelle für sein Klasseninteresse in Betracht. Sie wünschen den amerikanischen Arbeitern eine Vereinigung auf solidem ökonomisch-sozialen Felde, ohne zu erlauben, sich von der Plattform des Klassenkampfes zu entfernen. C. Legrain handte im Namen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Antwort. Er spricht sein Bedauern aus, keine Delegaten senden zu können, obgleich die General-Kommission möchte, daß eine bessere Verbindung zwischen den Gewerkschaften Amerikas und denen Europas eintreten möge, als es bisher gewesen. Die General-Kommission hält es nicht für praktisch, in den Gärung-Projekten, den sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Amerikas vollzieht, aktiv einzutreten, da die Entwicklung von Delegaten zu dem Kongreß käme, aber einem aktiven Eingreifen gleich. Die Zentralstelle der deutschen Gewerkschaften habe ferner stets den Grundsatz festgehalten, daß es nicht geraten ist, in die Entwicklung der Bewegung eines Landes vom Auslande aus einzutreten, daß vielmehr

diese Entwicklung sich unbehindert von äußeren Einflüssen vollziehen muß. Die Zentralstelle will sich strikt davon fernhalten, hier einen Einfluß auszuüben.

Nachdem eine Konstitution angenommen war, wurde folgende Erklärung erlassen: "Die Arbeiterklasse und die Arbeitgeberklasse haben nichts miteinander gemeinsam. Es kann nie Friede existieren zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, solange die aus Millionen bestehende Arbeiterklasse hungrig und Not vorhanden ist, während die aus nur wenigen bestehende Arbeitgeberklasse alles im Überfluss besitzt, was das Leben verschönert. Zwischen diesen beiden Klassen wird der Kampf solange währen, bis alle Arbeiter auf politischem wie industriell Gebiete vereint sind und Besitz von Allem ergreifen, was sie durch ihre Arbeit erzeugt haben, was nur durch eine ökonomische Organisation der arbeitenden Klasse ohne Anschluß an irgend eine politische Partei erzielt werden kann. Die rapide Ansammlung von Reichtum und die Zentralisierung der Geschäftsführung der Industrie in immer weniger und weniger Händen macht die Trades Unions von heute unfähig, sich gegen die immer wachsende Macht der Arbeitgeber aufzulehnen, weil die Gewerkschaften sich in einem Stadium befinden, in dem nach Lage der Sache eine Klass von Industriearbeitern gegen die andere ausgespielt wird, um im Lohnkampfe einander zu schlagen. Die Trades Unions helfen den Arbeitgebern, die Arbeitnehmer irre zu führen, indem sie in ihnen den Kämpfen zu erwarten suchen, daß die arbeitenden Klassen gemeinsame Interessen mit den bestehenden hätten. Diese traurigen Verhältnisse können geändert und die Interessen der arbeitenden Klasse einzigt durch eine Organisation gewahrt werden, die in solcher Weise beschaffen ist, daß alle Mitglieder irgend eines Industriezweiges oder der gesamten Industrie wenn nötig die Arbeit einstellen, wenn in einem oder dem anderen Departement ein Streik ausgebrochen oder Lockout (Sperr) angeordnet worden ist, sobald sie hierzu aufgefordert werden, um den Einzelnen zu helfen."

Ob die neue Organisation Erfolg haben wird, ist schwer zu beantworten. Die Gewerkschaftspresse, die englische wie die deutsche, stehen dem Unternehmen in der Mehrzahl feindlich gegenüber, ausgenommen Professor De Leons Zeitung, die wenig Einfluß hat. Die Sozialdemokratie hat offiziell noch keine Stellung genommen, viele ihrer Organe sind teilweise Gegner dieser Organisation. In mehreren Nationalgewerkschaften kam es schon zu Streitereien, so wurde Trautmann, der Redakteur der "D. B." der Welt gehört, durch Urabstimmung seines Postens entlassen. Trotzdem die Brauer auf sozialdemokratischer Basis stehen. In dem Vaupache wird es sehr schwer fallen, für das Unternehmen Boden zu fassen. Sollte es doch soweit kommen, wird es an Birren, woran die Arbeiterbewegung Amerikas so reich ist, nicht fehlen; Klarheit wird die nächste Jahrestagung im Dezember der Amerikanischen Arbeitervereinigung bringen. Die Führer werden wohl über übel sich begreimen müssen, etwas energischer im Kampfe gegenüber dem Kapital vorzugehen, wenn sie das Heft in Händen behalten wollen.

Über die Geschäftslage in unserem Gewerbe ist außer "Blauheit" wenig zu berichten. In den Städten der organisierten unabhängigen Kollegen New-Yorks machte sich eine Gärung für Anschluß an unseren Zentralverband

getragen habe; aber in jenen Zeiten wurden solche Dinge, die wir nur als äußerlich empfinden, als sehr ernsthaft empfunden. Mazzini ist die Seele aller Verschwörungen, aller revolutionären Anstrengungen gewesen, die sich seit der Juli-Revolution um die Einigung Italiens mühten. Seine Ansätze reichen zurück in die Zeit des Geheimbundes der Carbonari. Das Putzschaffen jener Zeit furchtbare Knechtung der italienischen Bevölkerung ist wesentlich durch Mazzini über seine schwächende Zersplitterung hinausgekommen: er organisierte revolutionäre Anschläge großen Stils. Seine Kundgebungen und Organisationen schlagen Wellen in weiten Kreisen, wie er auch in seinem Ziele der Einigung Italiens die Hoffnungen und Wünsche der namhaftesten Politiker weit übertrug. Er organisierte den "Savoyerzug", der den Funken ins Pulverbäck schlendern und die Revolution überall in Italien mit einem Schlag entzünden sollte, der aber fehlgeschlagen; er gründete den Bund "Das neue Europa", eine Erweiterung des Gedankens des "Jungen Italien" dieses Bundes, der den Anstoß gab zu ähnlichen Gründungen in anderen Ländern. Auch der Name des "Jungen Deutschland" geht auf Mazzini zurück, und auch ein solches Einzelereignis wie der Sturm auf die Frankfurter Hauptwache (3. April 1833) bezeichnet seinen Einfluß. Das Schicksal der Revolutionären jener Zeit, die Verbannung, traf natürlich auch Mazzini. Die Wirkungen der Februar-Revolution führten ihn nach Italien zurück, er war der Kopf des Triumvirats der Republik, die 1849 auf dem königlichen Kapitol ausgerufen, aber bald von Louis Napoleon's literarischer Dienststirigkeit wieder zusammenbombardierte wurde. Durch Mazzinis Schule gingen alle bedeutenden Kämpfer der verbündeten Einigung Italiens, auch Garibaldi, der wichtigste Waffenträger, der schon am Saboherzog beteiligt gewesen war. Daß Mazzini durchaus bürgerlicher Revolutionär war, darüber schuf die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung Klarheit. Schon nach dem Niedergang der Bewegung von 1848 hatte die Kritik aus dem Marxischen Lager Mazzinis italienische Kampfsphäre beleuchtet, und als nun die große proletarische Organisation der Internationalen Arbeiterorganisation im Werden war, löste sich die gleich im Beginn auftauchende Frage der Leitung, ob Marx oder Mazzini, so, daß Mazzini sich grossendruckt und daß Marx die Oberhand erhielt. Der Kloßentamsgedanke gab den Ausschlag: die Gedichte ging über Mazzini, dessen Lebenswerk bald getan sein sollte, zur Tagesordnung über.

Die Frage nach der Stellung der Gräfin Hahn im Entwicklungsverlauf der deutschen Literatur führt in die Nähe des Jungen Deutschland. Die gärende Stimmung jener vormärzlichen Zeit schlug in die Romane dieser Frau über. Man muß sie wohl als die mecklenburgische Spielart der Bewegung betrachten: sie nahm den Stoff nach individueller Freiheit von der junkerlich-feudalen Seite und verlangte so für einzelne von der Natur ausgewählte Privilegien der Liebe. Immerhin die Kritik, die sie an Liebe und Ehe

